

## Mobbing im Hessischen Landtag

Parteien streiten über Steuerfahnder-Affäre

Von Matthias Thieme

Die SPD-Fraktion im Landtag hat die CDU-Fraktion aufgefordert, den Landtagsabgeordneten Peter Beuth als Obmann im Untersuchungsausschuss zur Steuerfahnder-Affäre zurückzuziehen. „Nach der gestrigen Beleidigung der vier zwangspensionierten Steuerfahnder als ‚querulatorische, sich selbst überschätzende Durchschnittsbeamte‘ durch Herrn Beuth, wäre der Rückzug des Obmanns die angemessene Konsequenz“, sagte der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Günter Rudolph, am Freitag in Wiesbaden.

„Die Beleidigung der Mobbing-Opfer und damit die Fortsetzung des Mobbing ist schlicht nicht akzeptabel“, sagte Rudolph weiter. Beuth mache sich den Sprachgebrauch des Psychiaters Dr. H. zu eigen, der den vier Ex-Fahndern eine „paranoid-querulatorische Störung“ bescheinigt habe. „Diese Gutachten ist vom zuständigen Gericht als vorsätzlich falsch bewertet worden“, sagte Rudolph, „der Gutachter wurde rechtskräftig verurteilt.“ Wenn Beuth auf diese Formulierung zurückgreife, habe er sich als Obmann im Ausschuss disqualifiziert. Beuth hatte auch von einem „verschwörerischen Zusammenwirken der Frankfurter Rundschau mit Oppositionsparteien und den Fahndern“ sowie einer „üblen Mobbingkampagne gegen den hessischen Finanzminister“ gesprochen.

Nach FR-Informationen war Beuth, der auch hessischer CDU-Generalsekretär ist, von 1990 bis 1997 bei der Firma Aegis/Carat beschäftigt,

die damals von Aleksander Ruzicka geleitet wurde. Ruzicka wurde vom Wiesbadener Landgericht im Mai 2009 wegen Untreue zu elf Jahren Haft verurteilt. Das Gericht befand ihn für schuldig, 50 Millionen Euro veruntreut zu haben. Zehn Millionen Euro flossen dabei laut Staatsanwaltschaft durch die Firma ZHP des ehemaligen CDU-Abgeordneten Volker Hoff. Ruzickas System basierte laut Gericht auf der Rekapitalisierung und Abzweigung von Rabatten, die Fernsehsender der Agentur Aegis/Carat einräumten.

Im Jahr 2002 erhielt die CDU eine Parteispende von 50.416 Euro der Firma Aegis/Carat, die seit Jahren Wahlkampfwerbung für die CDU produziert. Die FR fragte Beuth nach seinen Kontakten zu Ruzicka, eventuellen Rabatt-Zahlungen an die CDU sowie Verbindungen mit der Firma ZHP. Der Sprecher der Hessen-CDU, Christoph Weirich, antwortete schriftlich lediglich: „Wir haben in den vergangenen Monaten genügend Erfahrungen mit Ihrer einseitigen Berichterstattung sammeln dürfen und sind nicht gewillt, bei einer neuen üblen Schmutzkampagne mitzuspielen.“

**Jahrestag der Bombardierung** 65 Jahre nach der Zerstörung Dresdens versuchen Rechtsextremisten, das

## Kampf ums Gedenken

Europas Neonazis machen Dresden zum braunen Wallfahrtsort. Das Oberverwaltungsgericht

Von Bernhard Honnigfort

DRESDEN. Nora Lang wird sich einreihen. Irgendwo wird die 78-jährige Dame ihren Platz finden in der Menschenkette, die sich am heutigen Samstag vom Dresdner Altmarkt am Rathaus vorbei zur Synagoge spannen soll. „Ich kann es als Überlebende nicht hinnehmen, dass Jahr für Jahr mehr Rechtsextremisten den Tag für ihre menschenverachtenden Ziele nutzen“, sagt sie. Vor 65 Jahren, als Dresden in mehreren Bombenangriffen der Engländer und Amerikaner in Flammen aufging, irrte sie, damals 13 Jahre alt, mit ihrem fünfjährigen Bruder durch eine lodernde Trümmerlandschaft. Ihre Straße eine Trasse aus Schutt, die Häuser eingestürzt, die Nachbarn darunter begraben. „Unsere Eltern haben wir erst Tage später wiedergetroffen“, erinnert sie sich. „Solch eine Erfahrung sitzt tief.“ Neben Nora Lang werden vielleicht 6000, vielleicht 7000 oder auch mehr Menschen stehen. „Von Dresden müssen Initiativen für Frieden, Toleranz und Menschlichkeit ausgehen“, sagt sie.

**Für die Rechtsextremisten ist Dresden Tatort eines alliierten „Bombenholocausts“**

Aber von Dresden werden an diesem Samstag auch ganz andere Zeichen und gruselige Bilder in die Welt gehen. Der 65. Jahrestag der Zerstörung ist auch ein Tag, an dem die Stadt um das Gedenken und um ihr Ansehen kämpfen muss: Wie seit Jahren schon hat die Junge Landsmannschaft Ostdeutschland Neonazis aus ganz Europa aufgefordert, nach Dresden zu kommen. Mindestens 6500 Rechtsextremisten von Spanien bis Schweden wollen anrücken. Für sie ist Dresden kein Ort der Versöhnung, sondern Tatort eines alliierten „Bombenholocausts“. Sie halten fest an den widerlegten Mythen von 250.000 Toten in einer vom Krieg beinahe vergessenen Kulturstadt, die „un-



Blick vom Dresdner Rathaus nach dem Bombenhagel am 13. und 14. Februar 1945.

schuldig“ war. Ihnen geht es nur um die Deutschen.

Die Toten von Dresden sind für die NPD im sächsischen Landtag Opfer, „die unser Volk unter dem Zerstörungswahn hassgeifernder und entkultivierter Antimenschen erbringen musste“. Tatsächlich war es ja anders. Schon

vor sechs Jahren hatte eine Historikerkommission aufgeräumt mit all den Mythen, die sich um den tragischen Untergang der alten Barockstadt rankten. Nicht 250.000, sondern 25.000 Menschen verloren nach genauen Untersuchungen ihr Leben. Dresden lag damals im Rücken der Ost-

front und war ein strategisches Ziel. Auch aus Dresden wurden Juden in Konzentrationslager deportiert und dort ermordet. Die Stadt war immer zauberhaft schön und prächtig, aber unschuldig war auch sie nicht. Es wurden auch keine Beweise gefunden für angebliche Massaker von US-

Gedenken für ihre Zwecke zu nutzen. Der Protest dagegen könnte entschlossener sein.

hat den Aufmarsch gestattet, doch die Bürger wollen dagegenhalten

**TAUSENDE TONNEN BOMBEN**

Am Faschingsdienstag, dem 13. Februar 1945, bombardierte die Royal Air Force von 22.13 Uhr an die Dresdner Innenstadt. Der Angriff der 244 Bomber dauerte 15 Minuten, es fielen 900 Tonnen Bomben. Danach brannte Dresden.

Um 1.23 Uhr folgte die zweite Angriffswelle von 529 Bombern, die 1500 Tonnen Sprengstoff abwarfen. 15 Quadratkilometer standen in Flammen, die his-

torische Altstadt ging unter, etwa 25.000 Menschen starben im Feuersturm.

Am 14. Februar mittags folgte ein Angriff der Amerikaner, die allein mehr als 2000 Tonnen Bomben abwarfen.

Am 15. Februar stürzte vormittags die ausgebrannte Frauenkirche ein. Ihre Ruine wurde zum Symbol des untergegangenen alten Dresden. bho

sche Gefechte geliefert, ob die Neonazis durch die Stadt marschieren oder nur an einem Ort zu einer Kundgebung zusammenkommen dürfen. Die Neonazis, so das Bautzener Oberverwaltungsgericht, dürfen marschieren. Das Rathaus will sie in die Neustadt verbannen, die Elbe als Trennlinie nutzen und den friedlichen Demonstranten die historische Altstadt überlassen. Angeheizt wurde die Stimmung, als kürzlich die Staatsanwaltschaft in Räumen der Linkspartei das Büro des Bündnisses „Dresden nazifrei“ durchsuchte, das den Neonazi-Aufmarsch friedlich blockieren wollte.

**Wo andere Städte Front gegen die Rechten machen, sind die Dresdner eher zurückhaltend**

Ein Aufruf zur Blockade sei eine Straftat, so die Staatsanwaltschaft. „Kriminalisierung unseres Widerstandes“, schimpfte das Bündnis. Auch das ist typisch für Dresden: Während Städte wie Leipzig oder Jena seit Jahren geschlossen und eindeutig Front gegen die Rechten machen und sich auch immer Tausende finden, die sich wehren wollen, sind die Dresdner eher zurückhaltend. In den vergangenen Jahren überließen viele den Kampf um ihre Stadt wenigen engagierten Kirchenleuten, Gewerkschaftern, Politikern und Auswärtigen. Mitglieder der Landesregierung waren kaum zu sehen. Man erging sich in kleinlichen Streitereien um

die Frage, ob die CDU gemeinsam mit der Linken gegen den braunen Irrsinn demonstrieren dürfe. Viele Dresdner gingen in der Prager Straße einkaufen, als sei nichts, und eine Straße nebenan zog schweigend der Strom der Rechten dahin. Der Widerstand könnte stärker sein.

In den vergangenen Jahren ging der Aufmarsch der Braunen meist ohne Krawalle ab. Neonazis zogen durch die Stadt, die Stadt schaute gelangweilt zu. Diesmal jedoch rechnet die Polizei fest mit Ausschreitungen und Gewalt. Aus ganz Deutschland wird deshalb so viel Bereitschaftspolizei wie noch nie nach Sachsen beordert. Die Sicherheitsbehörden gehen von zahllosen Gewaltbereiten unter den Neonazis aus, rechnen allerdings auch, so der sächsische Verfassungsschutz, mit etwa 1500 Autonomen auf der anderen Seite. Die Polizei wird sich dazu schenkenstellen, so wie in den vergangenen Jahren auch.

Viele der friedlichen Demonstranten werden eine weiße Rose tragen, ein Symbol, das an den Widerstandsgruppe der Geschwister Scholl erinnert, in Dresden aber aus anderen Gründen getragen wird: Als Nora Lang vor 65 Jahren in den Trümmern ihres Hauses suchte, fand sie noch zwei Teller aus Meißner Porzellan. Das Rosennmuster auf dem einen war verbrannt, das auf dem anderen nicht. Einer der Teller steht heute in einem Museum in Guernica, jener spanischen Stadt, die von der deutschen Luftwaffe zerstört wurde.

die Erinnerungskultur in der DDR und der Bundesrepublik

**ZUR PERSON**

Gunnar Schubert, Jahrgang 1966, veröffentlicht seit mehreren Jahren Texte zum Groß-Thema „Dresden“, unter anderem für die Hamburger Monatszeitschrift Konkret. Themen des Autors sind dabei auch die Architektur-Debatten in der sächsischen Hauptstadt sowie Dresden-Literatur – zum Beispiel der Wende-Roman „Der Turm“ von Uwe Tellkamp.

Vor kurzem erschien eine durchgesehene Neuauflage von Schuberts Buch „Die kollektive Unschuld. Wie der Dresdenschwinkel zum nationalen Opfer-Mythos wurde“. Darin beschreibt er die „ständig unanständigen Lügen“ der „Bekennisdresdner“. hahe

tungsblättchen Port01 wurde gerade die Zahl der Bombentoten von 1945 mit 300.000 angegeben – ausgerechnet in einem Artikel über die Anti-Neonazi-Demonstrationen dieses Wochenendes. Es sind schon zwei Bücher erschienen, die die Ergebnisse der Historikerkommission angehen. Dabei gab es von der Kommission bislang erst einen kurzen Bericht, das komplette Werk erscheint erst in diesen Tagen als Buch. Da wird mit dieser für die Stadt typischen, selbstreferenziellen Opferhaltung voll dagegegenghalten.

Vor dem Anschluss der DDR an die Bundesrepublik gab es zwei Dresden-Erinnerungskulturen.

Was hatten sie gemeinsam? Was war der wichtigste Unterschied? Das Gemeinsame in der Grundtendenz waren die absurden Geschichten, die auf NS-Propaganda aufbauten. Während in der SBZ/DDR aufgrund weltpolitischer Veränderungen wie der Entspannungspolitik sich Wertungen veränderten, blieb im Westen bis heute die Zerstörung von „Elbflörenz“ als kulturelle Katastrophe die Konstante. Der große Unterschied war, dass das in der DDR aufgeladen war mit vulgärem Anti-Imperialismus und im Kalten Krieg mit vehementen Verbalattacken auf die West-Alliierten.

Interview: Hans-Hermann Kotte

## Erpressung offenbart Datenleck

Fahrlässiger Umgang mit Patientendaten bei BKK

FRANKFURT. Die BKK Gesundheit hat nach Berichten über ein Sicherheitsleck Versäumnisse beim Umgang mit Krankendaten eingräumt. Den Mitarbeitern eines externen Telefondienstleisters sei Zugriff auf Datensätze gewährt worden, die weitergingen als notwendig gewesen wäre, sagte eine Sprecherin der mit 1,5 Millionen Versicherten größten deutschen Betriebskrankenkasse am Freitag in Frankfurt.

Wegen des zweifachen Versuchs eines anonymen Erpressers, die Kasse mit dem Angebot des Ankaufs nicht näher bezzeichneter Patientenunterlagen zu erpressen, sei Anzeige bei der Staatsanwaltschaft Frankfurt erstattet worden. Dies bestätigte die Behörde.

Die BKK Gesundheit vermutet hinter dem unbekanntem Anrufer einen Mitarbeiter der Firma, die von dem Dienstleister der Krankenkasse beauftragt worden war, die 24-Stunden-Telefon-Hotline des Unternehmens in Spitzenzeiten oder in der Nacht zu betreuen. Dafür hätten die Mitarbeiter dieses Unternehmens über eine Kennung Zugang zu Krankendaten gehabt. Einem Bericht des TV-Magazins Kontraste zufolge wurden bei dieser Gelegenheit auch medizinische Daten heruntergeladen oder kopiert.

Die Sprecherin der Kasse sagte, bei Beauftragung der Firma sei keine Datenschutzprüfung erfolgt. Hätte die BKK dies rechtzeitig veranlasst, wäre der Auftrag nicht an das Unternehmen gegangen, das mit Heimarbeitsplätzen arbeite. Die Anfang Januar gestartete Zusammenarbeit sei umgehend gekündigt und die Zugangskenntnisse gesperrt worden. Auch die Kooperation mit dem Dienstleister werde die Krankenkasse aufgeben und die Telefon-Hotline künftig nur noch in eigener Regie betreiben.

Der mutmaßliche Erpresser habe in den vergangenen Tagen mehrfach versucht, sich auf den Rechner der BKK Gesundheit mit seinen inzwischen gesperrten Daten einzuzwängen. Ende Januar habe ein Vertreter der Unternehmensleitung der BKK Gesundheit zweimal Anrufe mit dem Angebot zum Ankauf von Unterlagen zu einem nicht genannten Preis erhalten. Dies sei abgelehnt worden. Daraufhin habe der Anrufer gedroht, die Unterlagen zu veröffentlichen.

Vertreter des Bundesdatenschutzbeauftragten überprüfen seit Donnerstag die Schutzvorkehrungen bei der Krankenkasse, berichtete die Sprecherin. Der Datenschutzbeauftragte Peter Schaar hatte in Kontraste gesagt, bei der Krankenkasse sei offensichtlich beim Schutz personenbezogener Daten vieles versäumt worden. Ein so leichtfertiger Umgang mit Sozialdaten sei ihm jedenfalls noch nicht untergekommen. dpa

**Mitarbeiter der Hotline verdächtigt**

**Illegale Musik zum Download**